

Heiner Karuscheit

Der deutsche Rassenstaat



VSA:

Volksgemeinschaft & Siedlungskrieg
NS-Deutschland 1933–1945

Heiner Karuscheit
Der deutsche Rassenstaat
Volksgemeinschaft & Siedlungskrieg: NS-Deutschland 1933–1945

Heiner Karuscheit schreibt seit mehr als 35 Jahren zu Fragen der Geschichte und Politik. Dieser Band schließt an seine im VSA: Verlag erschienenen Bücher »Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg« (2014) und »Die verlorene Demokratie. Der Krieg und die Republik von Weimar« (2017) an.

Heiner Karuscheit

Der deutsche Rassenstaat

Volksgemeinschaft & Siedlungskrieg:

NS-Deutschland 1933–1945

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2025, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: CPI Books GmbH, Leck
ISBN 978-3-96488-237-0

Inhalt

| | |
|------------------------------------|---|
| Vorbemerkung | 7 |
| Die Frage nach den Ursachen | 7 |
| Klassenkämpfe und Geschichte | 9 |

Teil 1

Der Ursprung: Das Scheitern der bürgerlichen Revolution in Deutschland

| | |
|---|----|
| Kapitel 1: Die Folgen der Niederlage von 1848/49 | 12 |
| Die Reichseinigung als Antwort auf die Revolution | 12 |
| Die Bourgeoisie zwischen Skylla und Charybdis | 14 |
| Ein wechselhaftes Kleinbürgertum | 17 |
| Die Verpreußung der SPD | 19 |

| | |
|---|----|
| Kapitel 2: Die Niederlage der Novemberrevolution 1918/19 | 24 |
| Bruch des Klassenkompromisses, Krieg um den Machterhalt | 24 |
| Ein revolutionär-demokratischer Umsturz | 29 |
| Sieg der Konterrevolution gegen eine hilflose Linke | 31 |
| Bewahrung des Bismarck-Reichs | 36 |

| | |
|--|----|
| Kapitel 3: Die Voraussetzung des NS-Aufstiegs: eine Republik ohne Basis | 39 |
| Wiederauferstehung von Junkertum und Bourgeoisie | 39 |
| Abwendung der Massen von der parlamentarischen Demokratie | 42 |
| Rechtswendung des Kleinbürgertums | 43 |

| | |
|---|----|
| Kapitel 4: Der Weg zum Ende der Demokratie | 46 |
| Gegen den Vertrag von Versailles | 46 |
| Eine fiktive Stabilisierung | 50 |
| Ende des Friedensvertrags und der Republik | 53 |

Teil 2

Der Nationalsozialismus

| | |
|--|----|
| Kapitel 5: Die Programmatik | 58 |
| Eine sozialdarwinistisch-rassistische Fundierung | 59 |
| Lebensraum als Ziel | 63 |
| Das Konzept der Volksgemeinschaft | 69 |

| | |
|--|-----|
| Kapitel 6: Aufstieg zur Macht | 74 |
| Formierung der NS-Bewegung | 74 |
| Eine kleinbürgerliche Volkspartei | 76 |
| Die Machtübernahme | 80 |
| | |
| Kapitel 7: Errichtung eines Rassenstaats | 84 |
| Sicherung der Macht | 84 |
| Schaffung der »Volksgemeinschaft« | 93 |
| Rüstungsbündnis mit der Großindustrie | 99 |
| Umwandlung Deutschlands in einen Rassenstaat | 104 |
| | |
| Kapitel 8: Der Krieg um Lebensraum | 107 |
| Die Vorbereitung: Außenpolitik und Vorkriege | 107 |
| Der Siedlungskrieg gegen Sowjetrussland | 115 |
| Kriegseintritt der USA und die Vernichtung des europäischen Judentums | 122 |
| Der Untergang | 126 |
| | |
| Kapitel 9: Die Opposition gegen das NS-Regime | 129 |
| Junkerliche und bürgerliche Opposition | 129 |
| Die Arbeiterbewegung: SPD und KPD | 131 |
| Warum keine Revolution? | 134 |
| | |
| Teil 3 | |
| Fragen der NS-Herrschaft | |
| | |
| Kapitel 10: Die Suche nach Erklärungen | 138 |
| Die Sonderwegtheorie | 138 |
| Die Faschismustheorie der Komintern | 142 |
| Die Bonapartismustheorie | 149 |
| | |
| Kapitel 11: Rassenstaat und Moderne | 152 |
| Der Nationalismus – die Triebkraft des Nationalsozialismus? | 152 |
| Eine kleinbürgerlich reaktionäre Variante der Moderne | 155 |
| | |
| Schlussbemerkung | 157 |
| | |
| Literatur | 159 |

»Es muss weiterhin das Ziel sein, dem deutschen Volke Lebensraum im Osten zu gewinnen. Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum.« (Adolf Hitler: »Politisches Testament«)

Vorbemerkung

Die braunen Kolonnen, die am Abend des 30. Januar 1933 an der hell erleuchteten Staatskanzlei in der Berliner Wilhelmstraße vorbeimarschierten, begrüßten mit dem soeben zum Reichskanzler ernannten Adolf Hitler zugleich den kommenden neuen Staat, für den sie jahrelang gekämpft hatten.

Vierzehn Jahre zuvor, am Nachmittag des 9. November 1918, hatte eine gewaltige Menschenmenge vor dem Reichstag dem sozialdemokratischen Parteiführer Philipp Scheidemann zugejubelt, als dieser ebenfalls einen neuen Staat ausgerufen hatte, die Republik von Weimar. Bald darauf hatten indessen selbst überzeugte SPD-Anhänger Schwierigkeiten, sich in der soeben errichteten Demokratie wiederzufinden, denn je länger die Novemberrevolution zurück lag, desto deutlicher trat hervor, dass der neue Staat nicht viel mehr als ein parlamentarischer Überwurf über der weiterexistierenden alten Ordnung war.

Dagegen brach der Nationalsozialismus radikal mit der Vergangenheit. Er errichtete auf Basis einer rassistisch definierten »Volksgemeinschaft« einen neuartigen, durch Terror und soziale Kompromisse fundierten Führer- und Rassenstaat und ging nach der Unterwerfung Kontinentaleuropas daran, sein außenpolitisches Hauptziel zu verwirklichen – die Eroberung von »Lebensraum« im Osten –, bis er im Feuer des gegen die Sowjetunion geführten Vernichtungskriegs unterging. Noch in der Stunde des Untergangs bekräftigte der Führer des Dritten Reichs das Handlungsgesetz dieses Staates: *Rassenpolitik und Lebensraum*.

Die Frage nach den Ursachen

Von Anfang an stellte sich die Frage, wie in dem industriell meist entwickelten Land Europas, das bis dahin als Kulturnation galt, eine Bewegung wie der Nationalsozialismus an die Macht gelangen konnte.

In der marxistischen Geschichtsschreibung dominiert bis heute eine Interpretation, die den Nationalsozialismus = Faschismus als eine Funktion des Kapitals begreift, so in der Definition der Komintern, die ihn 1935 als »offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und

am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« charakterisierte, bzw. in Kurzform: »Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst.«

Doch wie lässt sich die rassistisch begründete, millionenfache Tötung von Arbeitskräften durch den NS-Staat mit dem Marxschen »Kapital« vereinbaren, dem zufolge die Vernutzung lebendiger Arbeit das Lebenselixier des Kapitals ist? Zudem reduziert diese Definition das historisch-gesellschaftliche Phänomen des Faschismus auf eine ökonomische Kategorie (das Finanzkapital) und negiert nicht nur die Klassenvielfalt der Länder, in denen »faschistische« oder faschismusähnliche Herrschaftsformen existierten, sondern kann auch nicht erklären, warum hochentwickelte kapitalistische Länder wie die USA, Frankreich oder Großbritannien bis heute nicht dem Faschismus anheimgefallen sind. Wer den Marxismus als Gesellschaftstheorie ernst nimmt, muss daher nach einer Erklärung jenseits dieser Definition suchen.

In der (west-)deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung nach dem Zweiten Weltkrieg gewann die Theorie von einem deutschen »Sonderweg« in die Moderne an Einfluss, vertreten u.a. von führenden Historikern wie Hans-Ulrich Wehler oder Heinrich August Winkler. Dieser Theorie zufolge war die NS-Herrschaft darauf zurückzuführen, dass im »Westen« bürgerliche Revolutionen schon früh eine Demokratie hervorgebracht hatten, während in Deutschland die Revolution von 1848/49 fehlgeschlagen war und der deutsche Nationalstaat verspätet und unter Führung des preußischen Militärstaats hergestellt worden war.

Aber war Deutschland nicht 1918/19 zu einer Republik mit einer parlamentarischen Ordnung geworden, und war damit nicht die entscheidende Besonderheit gegenüber Staaten wie Großbritannien oder Frankreich weggefallen, wie viele Kritiker argumentierten? Dieser Einwand brachte die Anhänger der Sonderwegtheorie in eine schwierige Lage, da sie wie ihre Kritiker die Entstehung der Weimarer Republik mit einem Triumph der Demokratie, d.h. einem – wenngleich späten – Sieg der bürgerlichen Revolution gleichsetzten. Wenn das aber der Fall war, wie ließ sich dann das Zustandekommen der NS-Herrschaft erklären?

An dieser Stelle verwiesen die Sonderwegvertreter auf außergewöhnliche Umstände wie die Kriegsniederlage, die Weltwirtschaftskrise oder das persönliche »Charisma« Adolf Hitlers, um eine einigermaßen plausible Antwort zu geben. Dabei übersahen sie das Entscheidende, nämlich dass die Novemberrevolution Deutschland nur dem Schein nach auf den Weg

der westlichen Nationalstaaten geführt hatte. Tatsächlich war sie jedoch fehlgeschlagen, denn von der Wirtschaft über die sozialen Verhältnisse, den Staatsapparat, das Militärwesen, die Justiz, Universitäten und die Kirchen setzte sich die alte Gesellschaftsstruktur unverändert fort, lediglich überwölbt von einer parlamentarischen Regierungsform. Das heißt: *Die bürgerliche Revolution war nicht nur 1848/49 gescheitert, sie scheiterte in Deutschland 1918/19 ein weiteres Mal, und die Republik ging nicht aus ihrem Sieg, sondern aus ihrer Niederlage hervor.* Der deutsche »Sonderweg« endete 1918/19 nicht – er setzte sich fort.

Erst dieses zweifache Scheitern der bürgerlichen Revolution hat den Aufstieg des Nationalsozialismus möglich gemacht, der sich als Gegenentwurf zu den Ideen von 1789 verstand und in Deutschland einen Rassenstaat errichtete, der die Errungenschaften der Moderne in Gesellschaft und Politik, Kultur und Humanität bis aufs Messer bekämpfte. Wenn wir seinen Weg zur Macht und den Charakter seiner zwölfjährigen Herrschaft begreifen wollen, müssen wir uns mit dem Werdegang der bürgerlichen Revolution in Deutschland auseinandersetzen. Nur von diesem Erklärungsansatz aus lässt sich auch das Unterfangen begründen, den vielen Veröffentlichungen zum Nationalsozialismus eine weitere hinzuzufügen.

Klassenkämpfe und Geschichte

Über die geschichtlich zum Krieg 1914–18 und zur Republik von Weimar führende Entwicklung hat der Autor zwei Studien verfasst, die ein anderes Geschichtsbild zeichnen als bislang geläufig: *Deutschland 1914 – Vom Klassenkompromiss zum Krieg* (Hamburg 2014) sowie *Die verlorene Demokratie – Der Krieg und die Republik von Weimar* (Hamburg 2017).

Das Konzentrat daraus wird als Vorgeschichte des Dritten Reichs und Hintergrund für den Aufstieg des Nationalsozialismus im ersten Kapitel »Der Ursprung« wiedergegeben, ergänzt durch zwischenzeitlich gewonnene neue Erkenntnisse zur Sozialdemokratie, ohne die das Scheitern der Weimarer Demokratie nicht zu verstehen ist.

Mit der hier vorgelegten Studie wird die Untersuchung des Geschichtsabschnitts abgeschlossen, der sich von der 1848er Revolution und der Reichseinigung über den Ersten Weltkrieg und die Weimarer Republik bis zum Dritten Reich erstreckt hat und 1945 ein radikales Ende fand. Ziel dieser Untersuchung war es, die bewegte Geschichte dieser Zeit aus den Beziehungen bzw. aus dem Mit- und Gegeneinander der sozialen und politischen Kräfte – vereinfacht gesagt: den *Klassenkämpfen* – heraus zu begrei-

fen, die seinerzeit die Entwicklung von Gesellschaft und Staat bestimmten und mit der einfachen Widerspruchsformel von Bourgeoisie und Proletariat nicht auf den Begriff zu bringen sind. Ein besonderes Anliegen dabei war, die vergangenen Niederlagen der Arbeiterbewegung zu untersuchen, die dem Marxismus wie ein Mühlstein um den Hals hängen, solange sie nicht ergründet sind.

Ob es gelungen ist, die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus und dessen zwölfjährige Herrschaftsgeschichte auf diese Weise zu entschlüsseln, sei hiermit dem Urteil des interessierten Publikums überantwortet.

Um den inneren Zusammenhang der Ereignisse zu wahren, beschränkt sich die Darstellung wie in den vorangegangenen Veröffentlichungen auf die leitenden Gesichtspunkte und lässt viele Themenfelder aus – nicht, weil der Autor sie für überflüssig hält, sondern weil es darum geht, den roten Faden herauszuarbeiten, der die Herrschaft des Nationalsozialismus erklärt. Für eine weitergehende Beschäftigung stehen die zahlreichen Geschichtswerke und Einzeluntersuchungen zum Dritten Reich zur Verfügung.

Der politischen Korrektheit halber wird außerdem darauf hingewiesen, dass der Text nicht durchgängig »gegendert« ist.

Teil 1

Der Ursprung: Das Scheitern der bürgerlichen Revolution in Deutschland

Als der ostpreußische Gutsbesitzer und Chef der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, in seiner Funktion als Reichspräsident der Weimarer Republik den Führer der NSDAP am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, tat er das auf Betreiben von Klassenkräften, denen er selbst zugehörte und die das Deutsche Reich bis zur Novemberrevolution 1918 beherrscht hatten.

Gemeint ist das Bündnis von »Roggen und Eisen« – klassenpolitisch von Junkertum und Montanbourgeoisie: auf der einen Seite die kleingütigen Gutsbesitzer östlich der Elbe, die als Militäradel die Armee befehligten und die langjährige Herrschaftsklasse Preußens bildeten, auf der anderen Seite die Herren der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, dem Zentrum und Motor des industriellen Aufstiegs Deutschlands.

Formiert hatte sich diese Klassenkonstellation, die 1933 den kurzlebigen Parlamentarismus der Republik von Weimar zu Fall brachte, in der Revolution, die Mitte des 19. Jahrhunderts ganz Europa erschütterte.

Kapitel 1

Die Folgen der Niederlage von 1848/49

Anders als in Frankreich oder England hatte die bürgerliche Revolution, die in Deutschland 1848/49 zum ersten Mal auf die Tagesordnung trat, eine doppelte Aufgabenstellung vor sich, denn sie musste sowohl die Demokratie als auch einen Nationalstaat erkämpfen. Ihr Hauptgegner war der preußische Militärstaat, der nach dem Sieg über das napoleonische Frankreich als Mitglied der »Heiligen Allianz« von 1815 zusammen mit dem zaristischen Russland und der Habsburgermonarchie die monarchische Ordnung in Europa garantierte.

Die Revolution endete mit einer Niederlage, weil ein maßgeblicher Teil des Bürgertums, voran die emporstrebende industrielle Bourgeoisie, es angesichts der sozialen Forderungen der Massen vorzog, an die Seite Preußens zu treten, um die Volksbewegung niederschlagen zu lassen, anstatt den Kampf um Freiheit und Demokratie weiterzuführen. Die verbindende Achse des Klassenbündnisses, das sich damals herausbildete, war das gemeinsame Interesse, die Massendemokratie, d.h. eine parlamentarische Herrschaft auf Basis des allgemeinen Wahlrechts, abzuwehren.

Die Reichseinigung als Antwort auf die Revolution

Weil die deutsche Nationalbewegung sich nicht dauerhaft niederhalten ließ und die Gefahr bestand, dass sie Preußen auf Dauer überwinden würde, setzte der 1862 zum Berliner Ministerpräsidenten ernannte Bismarck in einem kühnen innen- wie außenpolitischen Manöver den preußischen Militärstaat an die Spitze der Nationalbewegung und ließ die junkerliche Armee in den Einigungskriegen von 1864 bis 1870 einen kleindeutschen Nationalstaat unter Ausschluss Österreichs erkämpfen.

Die Schaffung eines großen nationalen Markts zusammen mit der Vereinheitlichung des bürgerlichen Rechtswesens sowie einer gemeinsamen Währung verwirklichte die wirtschaftspolitischen Forderungen der Bourgeoisie und bürgerliche Kräfte wurden an der Regierung beteiligt. Das Kaiserreich erhielt auch ein Parlament, den Reichstag, aber dieses Parlament war nicht »verantwortlich«, d.h. es konnte die Regierung nicht bestimmen und besaß keine Macht.

Gleichzeitig führte Bismarck in einem besonderen Manöver das allgemeine (Männer-)Wahlrecht für die Reichstagswahl ein, was von den Kritikern der Sonderwegtheorie als Beweis für die »Modernität« des Kaiserreichs im Vergleich zu den westlichen Nachbarländern betrachtet wird, weil sich dort das allgemeine Wahlrecht erst nach dem Weltkrieg durchsetzte. Tatsächlich diente dessen frühe Einführung in Preußen-Deutschland dazu, die Bestrebungen der Bourgeoisie zu blockieren, über das Parlament an die Macht zu gelangen, denn die Bürgerlichen strebten einen »verantwortlichen« Reichstag nur auf Basis eines Zensus-Wahlrechts wie in den westlich-bürgerlichen Ländern an, um die Einflussnahme der Massen auf das Parlament zu verhindern.

Eine zurückgeworfene demokratische Revolution

Der machtlose Reichstag war also nicht mehr als ein Feigenblatt, hinter dem sich die fortdauernde Vorherrschaft des Junkertums verbarg, das durch die militärischen Siege der von ihm geführten Armee fester im Sattel saß als zuvor. Anstatt in dem neuen Nationalstaat aufzugehen, wie es das Ziel der Revolutionäre von 1848 gewesen war, dehnte der preußische Militärstaat seine Herrschaft über ganz Deutschland aus. Wie Karl Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms 1875 schrieb, war der neue Staat »nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmelter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus.«¹

Im Ergebnis hatte die bismarcksche Reichseinigung daher einen sowohl fortschrittlichen als auch reaktionären Charakter: Sie verwirklichte die eine Hälfte der Ziele von 1848, die Gründung eines Nationalstaats, und warf die andere Hälfte, den Kampf um die Demokratie, umso weiter zurück. Dem entsprach der eigentümliche Doppelcharakter des Kaiserreichs: Es wurde zur stärksten Wirtschaftsmacht Europas, war führend in Wissenschaft und Technik, und seine Universitäten genossen Weltruf. Gleichzeitig war es ein Militär- und Obrigkeitsstaat, der als einziger unter den kapitalistisch entwickelten Nationen Europas durch eine halbfeudale Klasse von Großgrundbesitzern gemeinsam mit der rechtsstehenden Fraktion der Großindustrie beherrscht wurde.

Die bürgerliche Revolution war also durch die Reichseinigung nicht vollendet, sondern musste als *demokratische Revolution zum Sturz der preu-*

¹ MEW 19, S. 29

ßischen Militäraristokratie und der mit ihr verbündeten Montanbourgeoisie weitergeführt werden.

Ein reaktionäres Herrschaftsbündnis

Historisch war das Junkertum zum Untergang verurteilt. Die Produktionsverhältnisse auf den ostelbischen Gutswirtschaften fußten nicht auf freier Lohnarbeit, sondern trugen vorbürgerlich-patriarchalischen Charakter und setzten der Produktivitätsentwicklung Schranken. Die gutszugehörigen Landarbeiter mitsamt ihren Familien befanden sich in persönlicher Abhängigkeit von ihren »Herren«, die auf den Gütern nicht nur Arbeitgeber, sondern gleichzeitig Inhaber der unteren Gerichtsbarkeit und der Polizeigewalt waren und denen die »Gesindeordnung« das Züchtigungsrecht gegenüber ihrem »Gesinde« gab. Durch die Verwendung von Düngemitteln und Maschinerie waren die Erträge auf den getreideproduzierenden Gutswirtschaften bis zu einem gewissen Grad zu steigern, aber durch den zunehmenden Einsatz von Dampfschiffen der Weltmarktkonkurrenz des preiswerteren Getreides der amerikanischen Farmer auf Dauer nicht gewachsen.

Angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs mussten die Junker sich umso mehr an die Staatsmacht klammern, die Bismarck seiner Klasse durch die Herrschaftskonstruktion des Deutschen Reichs gesichert hatte: Politisch beherrschte »ihr« Staat Preußen als Hegemonialstaat das Deutsche Reich, während gleichzeitig ihre Herrschaft über Preußen durch das Dreiklassenwahlrecht gesichert wurde, das der konservativen Junkerpartei zusammen mit den von der Schwerindustrie bestimmten Nationalliberalen dauerhafte Mehrheiten im preußischen Landtag sicherte.

Insbesondere kommandierten sie als Militäradel die preußisch-deutsche Armee, die außerhalb der Verfassung stand. Diese Armee war nicht nur der wichtigste innenpolitische Machtfaktor, außerdem verfügten die Junker damit über das Instrument, um ihre Vorherrschaft im Notfall durch einen siegreichen Krieg gegen äußere Feinde zu festigen.

Die Bourgeoisie zwischen Skylla und Charybdis

Nach der Reichseinigung versuchten die bürgerlichen Liberalen zunächst, die junkerliche Alleinverfügung über die Armee mit Hilfe des Haushaltsrechts zu brechen, um so an die Macht zu gelangen, wurden jedoch von Bismarck durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit sowie eine Reichstags-

auflösung und Neuwahlen zurückgeschlagen. Als hinzukam, dass die SPD trotz des Sozialistengesetzes von 1878 Stimmenzuwächse erzielte, musste die Bourgeoisie befürchten, dass es den Sozialdemokraten auf Dauer gelingen könnte, mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts über den Reichstag an die Macht zu gelangen.

Deshalb erklärten die Nationalliberalen in ihrer »Heidelberger Erklärung« von 1884, dass sie nicht länger die Verantwortlichkeit des Reichstags anstreben würden, und erkannten die außerverfassungsmäßige Stellung der Armee an, »um die bestehende Ordnung vor den Gefahren der Revolution zu schützen«.² Diese Eckpunkte bestimmten fortan das Zusammengehen des rechten Flügels der Bourgeoisie mit dem Militäradel: die Ablehnung einer parlamentarischen Herrschaftsordnung, die auf dem allgemeinen Wahlrecht basierte, und die Anerkennung der Souveränität des Junkertums über die Armee.

Imperialismus als bürgerliches Machtprogramm

Bismarcks Abdankung 1890 gab der Bourgeoisie die Gelegenheit, ihr wachsendes ökonomisches Gewicht auf dem Umweg über die Außenpolitik zur Geltung zu bringen, ohne das Klassenbündnis mit dem Junkertum als solches in Frage zu stellen. Unter Reichskanzler von Bülow, der den Nationalliberalen nahestand, ging das Deutsche Reich Mitte der neunziger Jahre zur sogenannten Weltpolitik über und erhob die Forderung nach einem »Platz an der Sonne«, sprich nach einem großen Kolonialreich vorzugsweise in Mittelfrika. Um den erhobenen Anspruch durchzusetzen und der weltumspannenden Seemacht Großbritannien die Anerkennung als gleichberechtigte Weltmacht abzutrotzen, ließ es binnen weniger Jahre eine gewaltige Schlachtflotte bauen, von Wilhelm II. als »Flottenkaiser« gefördert.

Getragen vom gesamten bürgerlichen Lager (an der norddeutschen Küste auch von Teilen der Arbeiterschaft), zielte das Imperialismus-Programm der »Weltpolitik« innerpolitisch auf eine schleichende Machtverschiebung zugunsten der Bourgeoisie, nicht zuletzt dadurch, dass die Marine als bürgerliche Waffengattung dauerhaft den gleichen Rang wie das junkerliche Heer einnehmen sollte. Ohne den Militäradel offen herauszufordern und ohne den Weg über den Reichstag mit seinem allgemeinen Wahlrecht gehen zu müssen, eröffnete die »Weltpolitik« scheinbar einen Königsweg zwischen

² Karuscheit 2014, S. 101ff.

Skylla und Charybdis, zwischen Junkertum und Sozialdemokratie, um auf dem Umweg über die Außenpolitik irgendwie an die Macht zu gelangen.

Die Junker hatten als agrarische Klasse kein Interesse an der Weltpolitik und am Schlachtflottenbau. Aber sie tolerierten beides auf dem Boden des Reichsgründungskompromisses, solange ihre Alleinverfügung über das Heer und die Herrschaft über Preußen nicht infrage gestellt wurden sowie es ihnen nicht ans Portemonnaie ging. Und da die Junkerpartei keinen größeren Ausbau des Heeres wollte, um dessen Zuverlässigkeit nicht durch zu viele städtisch-proletarische Wehrpflichtige zu gefährden, war die Finanzierung des Schlachtflottenbaus zunächst auf dem Weg des Flotten-Zollkompromisses von 1902 mehr oder minder konfliktfrei möglich.

Sozialdemokratische Imperialismus-Erklärungen

Die seit Ende des Jahrhunderts erhobenen Kolonialansprüche durch das Deutsche Reich und der Bau der riesigen Schlachtflotte rückten naturgemäß ins Zentrum der deutschen und internationalen Öffentlichkeit. Sie stellten insbesondere die Sozialdemokratie vor die Aufgabe, eine Erklärung dafür zu finden.

Die Grundlage, von der aus ihre führenden Theoretiker sich dieser Herausforderung stellten, war ein ökonomistisches Marxismus-Verständnis. Wie die gesamte 2. Internationale (deren führende Partei sie war), begriff die deutsche Sozialdemokratie den Marxismus nicht als Theorie von Klassen und ihren Kämpfen, sondern als ökonomische Theorie. Sie negierte die relative Selbständigkeit der Klassenverhältnisse und des Staates, die nur »letzten Endes« bzw. auf historisch lange Sicht durch die Produktivkraftentwicklung umgewälzt werden – und da auch nicht im Selbstlauf, sondern durch den Kampf der Klassen. Stattdessen herrschte in der Arbeiterpartei ein Denken vor, das der Ökonomie einen direkten Einfluss auf den Staat beimaß.

Auf diesem Boden lagen angesichts der Tatsache, dass die Nationalliberalen als maßgebliche Partei der Bourgeoisie mit Bülow den Reichskanzler stellten und das Kaiserreich unter seiner Führung zum Imperialismus überging, zwei miteinander verbundene Schlussfolgerungen nahe:

- Die »kapitalistische Entwicklung« (ein Lieblingsbegriff von Kautsky, Bebel und Luxemburg) musste die Bourgeoisie an die Macht gebracht haben – die Ökonomie hatte also fertiggebracht, was der Klassenkampf nicht vermocht hatte;
- folgerichtig musste auch der Imperialismus eine gesetzmäßige Folge der kapitalistischen Ökonomie sein.

Der Glaube an »die kapitalistische Entwicklung« ließ keinen Raum für die Erkenntnis, dass sich der bürgerliche Einfluss auf die Außen- und Marinepolitik beschränkte, während innenpolitisch die Macht weiterhin beim Militär lag, der das Heer unabhängig von Regierung und Verfassung kommandierte und Preußen als deutschen Hegemonialstaat in der Hand hatte. Das heißt, real änderte der Imperialismus an der von Bismarck etablierten Herrschaftsstruktur des Deutschen Reichs nichts Entscheidendes. Gleichzeitig fand die Imperialismus-Debatte der Parteitheoretiker unabhängig von der realen Entwicklung der Arbeiterpartei statt, die sich mehr und mehr in den Junkerstaat integrierte.

Ein wechselhaftes Kleinbürgertum

Im *Kommunistischen Manifest* hatten Marx und Engels 1847 das baldige Verschwinden der kleinen Warenproduzenten, sprich der Hauptmasse der alten Gesellschaft, durch den Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise vorhergesagt. Doch trotz ihres zahlenmäßigen Rückgangs machten Bauernschaft und städtisches Kleinbürgertum noch lange einen entscheidenden Teil der Gesellschaft aus; erst in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg konnte das Kapital sie bis auf einen Restbestand verdrängen bzw. vollständig in seinen Kreislauf einbeziehen.

In der Zwischenzeit hielt die voranschreitende Auflösung der hergebrachten Produktions- und Lebensverhältnisse die kleinen Warenproduzenten in einem Zustand latenter Unruhe, der sie für wechselnde politische Überzeugungen empfänglich machte. Zwischen den anderen Klassen der Gesellschaft stehend, konnten ihre Millionenmassen in Zeiten des Umbruchs ausschlaggebend sein für die Richtung, die die gesellschaftliche Entwicklung nehmen würde.

So entstanden in ganz Europa neben einer organisierten Arbeiterbewegung gesellschaftliche Bewegungen unter den kleinen Bürgern, die sich aus der vorhandenen politischen Ordnung lösten und nach einer neuen Orientierung suchten, jenseits des bürgerlichen Liberalismus sowie der sich organisierenden Arbeiterbewegung.

Zwischen Egalitarismus und Rassentheorien

Sie verfochten vielfach einen diffusen Begriff des »Sozialismus«, der nichts mit den Zielen der marxistischen Arbeiterbewegung zu tun hatte, sondern in letzter Instanz die Gleichheit der kleinen Warenproduzenten widerspiegelte. Vorreiter dieser Entwicklung war zunächst Frankreich, aber »der nationale Sozialismus blieb nicht lediglich auf Frankreich beschränkt, wenn er auch in dieser Nation zuerst seine tiefsten Wurzeln schlug [...] Diese verschiedenen nationalen sozialistischen Bewegungen wussten nichts voneinander. Jede war eine Reaktion auf eine besondere Situation. Der Umstand, dass diese Reaktionen sich so ähnlich waren, ist von Bedeutung, weil er Teil jenes in ganz Europa stattfindenden Suchens nach einer egalitären Gemeinschaft im Geiste der Nation war.«³

Dieses Umfeld bildete einen fruchtbaren Boden für Rassentheorien, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausbreiteten. 1853 veröffentlichte der französische Diplomat und Schriftsteller Arthur de Gobineau als frühes Hauptwerk des Rassendenkens eine mehrbändige Weltgeschichte unter dem Titel »Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen«. Darin erklärte der Autor u.a. die Arier zum höchsten Kultur- und Zivilisationsträger der Menschheit und zur Herrenrasse, der gegenüber die anderen Menschenrassen minderwertig seien. Jede Rassenmischung würde der Höherentwicklung der menschlichen Kultur und Wissenschaft schaden und zum Niedergang der höheren Rasse führen, mit dem allgemeinen Zerfall von Staaten und Gesellschaften als Ergebnis.

Ein späterer Rassendenker war der Engländer Houston Stewart Chamberlain, dessen Buch »Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts« als Standardwerk des theoretischen Rassenantisemitismus gilt und das auch Hitler beeinflusste. Als Gegenpart des Judentums verherrlichte er die germanische bzw. »arische« Rasse; sie sei zur Führung der Welt bestimmt.

Völkisch-rassistische Strömungen

1848/49 waren die kleinen Bürger in Deutschland die Hauptträger der demokratisch-nationalen Revolution gegen den preußischen Militärstaat gewesen. Doch indem Preußen unter Bismarcks Führung die nationale Frage durch die Reichsgründung von 1870 löste, wurde die Mehrheit des Kleinbürgertums in den Klassenkompromiss von Junkertum und Bourgeoisie eingebunden und bildete über lange Zeit eine zuverlässige soziale Basis für

³ Mosse 1978, S. 148, 150

das Kaiserreich. Nur die linken, meist in verschiedene Parteien gespaltenen Liberalen verharren weiter in Opposition gegen das Preußentum.

Indessen ließen die aus der Reichseinigung resultierenden Bindekräfte, je länger die Nationalstaatsgründung zurücklag, desto mehr nach. Gegen Ende des Jahrhunderts entstanden neue gesellschaftliche Strömungen im Kleinbürgertum, die sich gleichermaßen gegen die Monarchie und die Kirchen, gegen Demokratie, Liberalismus und Marxismus richteten.

Vorweg gehörte dazu die *völkische* Bewegung, die einen rassenbiologischen Volksbegriff in Verbindung mit einem antisemitisch-germanischen Ideengut vertrat.⁴ Ihre Anhänger wiesen die Ziele und Werte der bürgerlichen Revolution als »undeutsch« zurück und strebten einen artreinen deutschen »Rassenstaat« an. »Neu an diesem Milieu, das sich insbesondere im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg und während des Krieges zu formieren begann, war die Verbindung von aggressivem Nationalismus, rassistischem und antisemitischem Gedankengut, unbedingter Feindschaft gegenüber der Sozialdemokratie und sozialen Ressentiments innerhalb von Bevölkerungsschichten, die ihre Position langfristig durch den rapiden wirtschaftlichen und sozialen Wandlungsprozess bedroht sahen.«⁵ Politisch waren die »Völkischen« wenig einflussreich, da sie zersplittert waren und sich durch ein lebhaftes Sektenwesen auszeichneten. Doch mithilfe einer breitgefächerten Publizistik entfaltete ihr Gedankengut ideologisch eine erhebliche Breitenwirkung.⁶

Die Verpreußung der SPD

Für die Entwicklung der Gesellschaft am bedeutsamsten war zunächst das mit der Industrialisierung einhergehende Wachstum des Proletariats. Es fand seine politische Vertretung in der Sozialdemokratie, deren erste Parteiorganisation, der ADAV, von Ferdinand Lassalle gegründet wurde. Dieser vertrat nicht nur eine fehlerhafte Lohntheorie (das »eherne Lohngesetz«), sondern auch Vorstellungen von einem preußischen Staatssozialismus, die ihn ein Bündnis mit Bismarck und der Berliner Monarchie gegen Kapital

⁴ Breuer 2008 und Puschner

⁵ Longerich 1995, S. 213; s.a. Nipperdey 1998: Machtstaat, S. 602ff.

⁶ Im Umfeld dieser Bewegungen und unter ihrem Einfluss entstand Ende des 19. Jahrhunderts auch der Zionismus, der nach dem Beispiel der europäischen Kolonialmächte die Schaffung eines eigenen jüdisch-völkischen Staats forderte.

und Bourgeoisie suchen ließen. Seine Vorstellungen prägten das Gedankengut der entstehenden sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf lange Sicht und fanden u.a. im Gothaer Programm von 1875 ihren Niederschlag.

Anfangs durch das Sozialistengesetz ausgegrenzt, breitete sich die Sozialdemokratie nach dessen Aufhebung 1890 umso rascher aus. Doch während sich immer mehr Arbeiter in Partei und Gewerkschaften organisierten, wuchs die SPD zur selben Zeit in den Staat hinein.⁷ Dabei war das Entscheidende, dass dieser Staat kein bürgerlicher Staat war, sondern ein durch das junkerliche Preußen beherrschter Militär- und Obrigkeitsstaat. Das bedeutete, dass die wachsende »Identifizierung der deutschen Sozialdemokratie mit [...] dem monarchisch-autoritären Staat« keine *Verbürgerlichung* der Partei zur Folge hatte, sondern ihre *Verpreußung*.⁸

Die von Bismarck begonnene Arbeitersozialpolitik des Kaiserreichs förderte diesen Prozess. Für manche Historiker ein Beweis für die »Modernität« des Kaiserreichs im Vergleich zum Westen (wo der Übergang zu einem Sozialstaat erst nach dem Weltkrieg erfolgte), rührte der Unterschied in Wahrheit daher, dass der Einfluss der Bourgeoisie in den westlichen Ländern eine Sozialstaatspolitik lange verhinderte. Dagegen war es in Deutschland der vormoderne preußisch-deutsche Staat, der öffentlich-rechtliche Arbeiterversicherungen gegen Unfälle, Krankheit und zur Altersversorgung *gegen die Opposition der Bourgeoisie* einführte, um die Arbeiter an den monarchischen Staat heranzuführen. Schätzungsweise jeder fünfte sozialdemokratische Funktionsträger war schließlich in den Sozialversicherungen und anderen halbstaatlichen Organisationen tätig.

Getragen wurde die Entwicklung der SPD zu einer preußisch-sozialpatriotischen Arbeiterpartei nicht zuletzt von ihrem Gewerkschaftsflügel. In der betrieblichen Realität des ökonomischen Kampfes (nur) mit dem Kapital konfrontiert, erschien der Junkerstaat den Gewerkschaften im ökonomischen Kampf als potenzieller Helfer gegen das Kapital. Ursprünglich schwächer als die SPD und lediglich als »Rekrutenschule« für die Partei betrachtet, hatten die Gewerkschaften seit Anfang des 20. Jahrhunderts mehr als viermal so viele Mitglieder wie die SPD – 1906 standen ca. 1,6 Millionen Gewerkschaftsmitglieder 384.000 Parteimitgliedern gegenüber. Hand in Hand damit vergrößerte sich ihr Einfluss in der Partei, bis der aus ihren

⁷ Karuscheit: Die SPD und der Junkerstaat; in: Karuscheit u.a. 2018

⁸ Grebing 1970, S. 138f.

Reihen stammende Friedrich Ebert 1913 die Nachfolge August Bebels als Parteivorsitzender antrat.

Grundlegende gesellschaftstheoretische Mängel

Die Integration in den Junkerstaat wurde begünstigt durch gravierende Fehleinschätzungen der Gesellschaftsstruktur des Kaiserreichs und des Charakters seiner Klassen. So untersuchten bürgerliche Gesellschaftswissenschaftler wie Max Weber oder Werner Sombart die ostelbische Agrarverfassung und kamen zu dem Ergebnis, dass die Junkergüter *nichtkapitalistisch* betrieben wurden. Dagegen vertrauten die Sozialdemokraten auf den – im Erfurter Programm ausführlich dargestellten – Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise und unterstellten ohne Untersuchung, dass sich der Kapitalismus auf den Latifundien durchgesetzt hätte.

Dieser Annahme zufolge hätten sich die Junker also in Agrarkapitalisten verwandelt, so dass sie keine eigenständige Klasse mehr bildeten, sondern zu einer landbesitzenden Fraktion der Bourgeoisie geworden waren. Deutschland musste also auf jeden Fall unter bürgerlicher Herrschaft stehen, so dass die Notwendigkeit einer nachholenden bürgerlich-demokratischen Revolution nicht nur historisch-politisch, sondern auch aufgrund der ökonomisch-sozialen Verhältnisse abwegig erschien.

Zu dieser Sichtweise gehörte, dass nicht nur die Gutsbesitzer als eigene Klasse negiert wurden, sondern auch die Millionenmassen der kleinen Warenproduzenten, obwohl sie nach wie vor die Mehrheit der Gesellschaft stellten. In der Revolution von 1848/49 mochten sie eine entscheidende Rolle gespielt haben, aber da die Epoche der bürgerlichen Revolution durch die Reichseinigung passé war, musste gemäß den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Geschichte als nächstes der Sozialismus kommen, der allein Sache des Proletariats war und das Kleinbürgertum nichts anging – dessen Rolle war ausgespielt. Die Konsequenz war, dass das politische Tableau der Sozialdemokratie lediglich Proletariat und Bourgeoisie umfasste; Militäradel und Kleinbürgertum kamen darin nicht vor.

Die Fehlkonstruktion des Erfurter Programms

Die Fehler der sozialdemokratischen Gesellschaftstheorie kulminierten im Erfurter Programm von 1891. Während die preußisch-staatssozialistischen Vorstellungen Lassalles undiskutiert geblieben waren, hatte es in der Zwischenzeit eine Auseinandersetzung über seine Lohntheorie gegeben, mit der Konsequenz, dass die Fehler des Gothaer Programms auf öko-

nomischem Gebiet durch den Marxismus ersetzt wurden. Deshalb konnte der von Kautsky formulierte Grundsatzteil des Programms die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise ohne Abstriche in konzentrierter Form wiedergeben.

Dagegen enthielt das Programm in seinem politisch-gesellschaftlichen Teil weder eine Einschätzung der Reichsgründung noch der Klassenverhältnisse und Herrschaftsstruktur des Kaiserreichs. Ohne es offen auszusprechen, fußte es auf der Grundannahme, dass sich die Epoche der bürgerlichen Revolution in Deutschland mit der Bildung des Nationalstaats 1870 erledigt hätte, wovon nicht nur Kautsky, sondern die gesamte Parteiführung überzeugt war. Auf dieser Basis war kein Raum für die Erkenntnis, dass sie als demokratische Revolution weitergeführt und abgeschlossen werden musste, bevor der Sozialismus auf die Tagesordnung treten konnte.

Zwar verlangte Friedrich Engels in seiner Kritik des Erfurter Programms, die Forderung nach einer demokratischen Republik in das Programm aufzunehmen, doch Bebel und der Parteivorstand machten dagegen strafrechtliche Bedenken geltend. Sie nahmen nicht einmal die von Engels daraufhin vorgeschlagene und für »unverzichtbar« erklärte Ersatzformulierung in das Programm auf: »Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung«. Desgleichen wurde Engels' Hinweis, dass zusammen mit Preußen auch die Kleinstaaterei abgeschafft werden müsse, um einen deutschen Einheitsstaat zu schaffen, komplett negiert.

In der Folgezeit erörterte Kautsky mehrfach das Problem der demokratischen Republik und warf die Frage auf, ob das Proletariat vielleicht nur mit Unterstützung des Kleinbürgertums an die Macht gelangen könne. Weder er selbst und erst recht die Parteiführung vertieften diese Fragestellung jedoch.

Das sozialdemokratische Machtkonzept

Wie aber wollte die Partei an die Macht gelangen? Ein vor allem in Süddeutschland starker Parteiflügel wollte dies mit Hilfe einer demokratisch-reformistischen Politik erreichen. Eduard Bernstein, der Anführer dieser Richtung, stellte den Marxismus in Ökonomie und Philosophie infrage, hob die Stärke und Bedeutung des Kleinbürgertums hervor und trat für eine Demokratisierungspolitik gemeinsam mit den linken Liberalen gegen die fortdauernde Macht des Preußentums ein. Die Durchsetzung dieser Linie hätte aus der SPD eine *bürgerlich-reformistische Arbeiterpartei* gemacht, doch wurden ihre Positionen sowohl von dem Parteizentrum unter Bebel und Kautsky als auch von der revolutionären Linken unter Luxem-

burg zurückgewiesen; zwei Parteitage lehnten Bernsteins Auffassungen mit großer Mehrheit ab.⁹

Stattdessen bildete sich auf dem Boden der fortschreitenden Anpassung an den Bismarck-Staat ein stillschweigendes Machtkonzept heraus, das an den Staatssozialismus Lassalles anknüpfte und zur Richtschnur der Parteiführung in der Novemberrevolution wurde. Nirgendwo schriftlich niedergelegt, besagte es, den alten Staatsapparat nicht zu zerschlagen und durch einen neuen zu ersetzen, wie Marx und Engels es gefordert hatten, sondern den heimlich bewunderten »Junkerstaat in seiner ganzen Schönheit«, wie Bebel es nur halb ironisch formulierte, zu übernehmen und in eigener Regie weiterzuführen.

Der revolutionäre Flügel der Partei unter Luxemburg und Liebknecht hatte der Parteiführung wenig entgegenzusetzen. Wie die restliche Partei hielten auch die Linken die bürgerliche Revolution für abgeschlossen und das Kaiserreich für einen bürgerlichen Staat unter der Herrschaft der Bourgeoisie. Ihre »Besonderheit« bestand wesentlich in dem Beharren auf der Überzeugung, dass ein friedlicher Weg zum Sozialismus eine Illusion sei.

⁹ In der Linken wird der sozialdemokratische »Verrat« an der Novemberrevolution bis heute darauf zurückgeführt, dass die SPD in der Vorkriegszeit *verbürgerlicht* sei, weil sich die offiziell zurückgewiesenen Positionen Bernsteins hinterrücks durchgesetzt hätten. Diese Erklärung ist auch in dem Buch »Deutschland 1914 – Vom Klassenkompromiss zum Krieg« enthalten (S. 186). Die vertiefte Beschäftigung mit dem Thema, angeregt u.a. durch die Arbeiten von Grebing und Klönne, hat den Autor zu der Erkenntnis geführt, dass die Anpassung an den Staat, dem Charakter des Kaiserreichs entsprechend, nicht die Verbürgerlichung, sondern die *Verpreußung* der SPD zur Folge hatte. Zu einer *bürgerlichen* Partei wurde die SPD erst als Volkspartei mit dem Godesberger Programm von 1959.